



ROTE POST

Nr.70

November 2023

INTERNATIONAL

- 6 DER KAMPF DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES

BRD

- 8 DIE DEUTSCHE STAATSRATION

FRAUEN

- 10 WEITERHIN BLOCKADE DER KINDERGRUNDSICHERUNG

BERLIN

- 12 GEZIELTE SPALTUNG

HAMBURG

- 14 HETZE & REPRESSION GEGEN PALÄSTINA-UNTERSTÜTZER

BREMEN

- 16 UNSER KAMPF, UNSERE FORDERUNGEN!

NORDRHEIN-WESTFALEN

- 18 AKTIONEN IN SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA IN NRW

BADEN-WÜRTTEMBERG

- 20 REPRESSION GEGEN PALÄSTINA-SOLIDARITÄT

KULTUR

- 22 MUSIKTHEATER IM ROTEN CHINA

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

**DEMO: 100 JAHRE HAMBURGER AUFSTAND
DER KAMPF DES
PALÄSTINENSISCHEN VOLKES**

**DIE DEUTSCHE STAATSRATION
WEITERHIN BLOCKADE DER
KINDERGRUNDSICHERUNG**

**POLIZEISCHIKANE, FALSCHER STATISTIKEN,
MEDIENTRUBEL – DIE GEZIELTE SPALTUNG
DER MASSEN IN BERLIN**

**CHAUVINISTISCHE HETZE UND REPRESSION
GEGEN PALÄSTINA-UNTERSTÜTZER**

UNSER KAMPF, UNSERE FORDERUNGEN!

**AKTIONEN IN SOLIDARITÄT MIT
PALÄSTINA IN NRW**

**REPRESSION GEGEN PALÄSTINA-
SOLIDARITÄT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

MUSIKTHEATER IM ROTEN CHINA

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

die vergangenen Wochen waren vor allem gekennzeichnet und medial dominiert von der Al-Aqsa Flut genannten Gegenoffensive des palästinensischen nationalen Widerstands und einem anschließenden exorbitanten Terror des Staates Israel gegen die Menschen vor allem im Gaza-Streifen. Kaum jemand ist nicht berührt vom unsäglichen Leid der tausenden ermordeten Kinder und dem heldenhaften Widerstand, den die Bevölkerung des Gaza-Streifens gegen den Völkermord leistet. Immer mehr Menschen brechen mit der von der Regierung auferlegten Zensur und erklären offen ihre Unterstützung für den gerechten Kampf der Palästinenser und ihre Ablehnung der Gräueltaten Israels. Sie zahlen dafür den Preis und sie tun es gerne, wie die Aktivisten des Roten Bundes, die mit den Massen Seite an Seite stehen, für Palästina und gegen die deutsche Komplizenschaft, die mit der Verlegung von Spezialkräften wie dem KSK, der GSG9, Kampftauchern, und Elitekräften der Bundespolizei in die Kriegsregion einen weiteren Schritt gemacht hat.

Die Welt aber steht nicht still und sie dreht sich nicht um Palästina alleine. So wurde am 23. Oktober in Hamburg mit einer Demonstration unter der Führung des Roten Bundes dem 100. Jahrestags des Hamburger Aufstands gedacht. Eine würdevolle und kämpferische Demonstration, die auch den Schikanen und Angriffen der Polizei widerstand.

Die Kämpfe unserer Klasse und der Völker der Welt werden unermüdlich fortgesetzt und der Imperialismus sinkt weiter in seinen Untergang. Insbesondere sind es die dabei die Volkskriege, die den Weg zeigen. Aber überall auf der Welt ist Kampf, ob in Brasilien, Panama, Äthiopien, in Mexiko und Irland, auf Papua und in Chile, in Myanmar und Manipur, in Frankreich, Norwegen, Dänemark, Finnland, Österreich. Sogar auf Malta wurde das Banner des Maoismus erhoben.

Was für die Welt gilt, kann für Deutschland nicht anders sein, und so intensivieren sich unter anderem die Lohnkämpfe der Arbeiter, welche mit ihrer Kraft gegen nicht nur die Bosse, sondern auch die korrupte Gewerkschaftsbürokratie kämpfen und ihnen Erfolge bei der Durchsetzung von gerechten Tagesforderungen abringen. Mit der Bekanntmachung über die Neugründung einer Partei durch Sarah Wagenknecht wird ein neuer Versuch gestartet, offenbar diese gerechten Kämpfe in die den Herrschenden genehmen Bahnen zu lenken, wo sie sich verlaufen oder abgewürgt werden. Doch auch diese „neue“ Partei wird rein gar nichts an der Krise des deutschen Imperialismus und seinen parlamentarischen System ändern. Wir erleben stürmische Zeiten, und das ist wunderbar.

Eure RoPo-Redaktion

BILD DES MONATS



Wie auch beim Titelbild wird hier eine Szene von der Demonstration zum 100. Jahrestag des Hamburger Aufstands am 23. Oktober gezeigt. „Mit dem scheinheiligen Vorwand, Teilnehmer hätten sich ‚maskiert‘ stoppte die Polizei die Demonstration nach der Zwischenkundgebung an der Denhaide und blockierte die Fortsetzung für einige Zeit unter Einsatz der Bereitschaftspolizei in voller Kampfmontur. Die Schikane der Polizei wurde lautstark von der Demonstration denunziert und schließlich konnte die Demonstration weiter marschieren.“, wird auf Dem Volke Dienen berichtet.



DER KAMPF DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES

Seit Wochen schaut die ganze Welt einmal mehr auf den nationalen Befreiungskampf des palästinensischen Volkes. Ausgangspunkt dieser Aufmerksamkeit ist die von verschiedenen Kräften des nationalen Widerstandes gestartete Gegenoffensive unter dem Namen „Al-Aqsa Flut“ am 7. Oktober. Bei dieser Widerstandsoperation kämpften sich tausende palästinensische Kämpfer unter der Deckung von 3000 abgefeuerten Raketen auf israelisches Gebiet durch. Obwohl die Grenzanlage zum Gazastreifen als eine der bestbewachtesten Grenzen der Welt gilt, überwand die palästinensischen Kämpfer diese mit Sprengungen, Fahrzeugen und sogar eigenen Paraglider-Einheiten, die tief hinter feindliche Linien vordrangen. Im Laufe des Tages gelang es dem nationalen Widerstand alleine an diesem Tag, 1200 israelische Soldaten und Siedler zu töten und über 200 Gefangene zu nehmen. Des weiteren gelang es den palästinensischen Kämpfern, ihre Stellungen teilweise für mehrere Tage zu halten und viele Waffen, darunter sogar Panzer von der israelischen Armee, zu erbeuten.



Diese Gegenoffensive des palästinensischen Volkes kommt in einer Zeit, in welcher der seit dem Jahr 1948 anhaltende Völkermord am palästinensischen Volk alleine in diesem Jahr noch vor den aktuellen Kriegsereig-

nissen hunderte Opfer forderte. Nach verschiedenen Stellungnahmen der an dem Widerstand beteiligten Fraktionen dient die Gegenoffensive dem Zweck, den israelischen Besatzern aufzuzeigen, dass ihre völkermörderischen Aktionen nicht ungesühnt bleiben und dementsprechend mit Konsequenzen zu rechnen ist. Es wurde ebenfalls betont, dass diese Widerstandsaktion nur der Auftakt einer neuen Dynamik sein wird, an deren Ende der Kampf für die Befreiung ganz Palästinas von den israelischen Besatzern mit

Erfolg gekrönt sein wird. Und tatsächlich ist es sehr notwendig, dass der nationale Befreiungskampf des palästinensischen Volkes neue Kraft und Initiative gewinnt. Vor allem auf der Grundlage der Kapitulations-Abkommen von Oslo gab es sehr viel Defätismus in Bezug auf ein freies Palästina. Im besetzten Westjordanland wird das palästinensische Land immer weiter durch weitere Annexionen Israels aufgeteilt und zerstückelt und das Land an Siedler vergeben. Parallel dazu findet eine starke Ghettoisierung palästinensischer Ortschaften statt, davon abgesehen, dass sowohl im besetzten Westjordanland als auch in Israel ein Apartheidszustand gegen nicht-europäische Menschen, insbesondere Araber, existiert. Und auch die Lage im Gazastreifen, dessen Bezeichnung als größtes Freiluftgefängnis der Welt den Nagel auf den Kopf trifft, ist seit 17 Jahren der Blockade unverändert.

Inzwischen wurde der Gazastreifen vom israelischen Staat komplett von der Außenwelt abgeriegelt, die Strom- und Wasserzufuhr für die komplette Bevölkerung wurde abgeschnitten und die Lieferung von Nahrungsmitteln und humanitären Gütern wurde mit Bombardierungen der völkermörderischen israelischen Armee verhindert. Die Menschen in Gaza sitzen wortwörtlich im Dunkeln, ihnen geht das Trinkwasser aus, das Essen ebenso, und das, was sie noch haben an Lebensmitteln, können sie nicht mit elektrischen Geräten zubereiten. 1,1 Millionen Menschen, hauptsächlich aus Nord-Gaza, sind aufgrund von israelischen Flächenbombardements – unter Einsatz des weltweit geächteten chemischen Kampfstoffes Weißen Phosphor – obdachlos und innerhalb Gazas auf der Flucht. Die Medien begründen diese Maßnahmen zynischerweise damit, zivile Leben in Gaza schützen zu wollen, damit der Norden des Gazastreifens für eine darauf folgende Bodenoffensive des israelischen Militärs frei von Zivilisten ist. Einer der Höhepunkte des israelischen Terrors fand am Abend des 17. Oktober statt, als inmitten dieses Völkermordes und ethnischer Säuberung des palästinensischen Volkes die israelische Luftwaffe ein vollbesetztes Krankenhaus im Gazastreifen bombardierte und auf einem Schlag 471 Palästinenser ermordete und Hunderte schwer verletzte. In dem Krankenhaus befanden sich zum Zeitpunkt der Bombardierung vor allem kranke

Menschen und all jene, die vor den israelischen Bomben geflüchtet waren. Dieser Massenmord löste weltweit innerhalb von ein paar Stunden große Proteste aus. In mehreren Ländern wurden Botschaften Israels und imperialistischer Staaten wie den USA und Frankreich mit Steinen und Molotow-Cocktails angegriffen und von verschiedenen Organisationen aus Palästina und Westasien Stellungnahmen publiziert, die eine explizite Mittäterschaft am Massaker bei den Imperialisten verurteilen. In den besetzten Gebieten des Westjordanlandes gingen zehntausende Menschen auf die Straße, um Solidarität mit ihren Familien und Freunden in Gaza zu zeigen, woraufhin die Polizei der im Westjordanland herrschenden Landesverräter-Clique rund um die Fatah und Abbas auf die Demonstranten schießen ließ, was diese mit großen Kämpfen gegen die Repressionskräfte beantworteten.

Wenig verwunderlich leugnete der israelische Staat mit Netanjahu an der Spitze jegliche Involvierung in dieses Verbrechen und behauptete, dass es sich bei der Explosion um eine fehlgezündete Rakete des islamischen Jihad handeln würde. Dabei stellten sich die Zionisten besonders dumm bei der Fälschung der Tatsachen an, nahmen beispielsweise ein Video von Al Jazeera eine Stunde vor dem Einschlag und schnitten ein angebliches Telefonat zwischen Hamas-Kämpfern so, dass es für die Falschbehauptung Sinn ergibt. Diese Lügen wurden schon am darauffolgenden Tag von US-Präsident Biden persönlich bei seinem Besuch bei seiner Lakaien-Regierung abgesegnet.

Ein groß angelegter israelischer Angriff auf Gaza auch mit Bodentruppen begann Ende des Monats. Das israelische Militär startete zuvor bereits zwei Bodenangriffe mit begrenztem Umfang. Beide Male zogen sie sich vor Tagesanbruch zurück. Jetzt scheint der Kampf dort in eine neue Etappe eingetreten zu sein.

Seit Beginn der Besatzung hat das palästinensische Volk bewiesen, dass es bereit ist, sein Blut für die Befreiung Palästinas zu geben. Die über 70 Jahre heldenhafter bewaffneter Kampf zeigen jedoch, dass die kämpfenden Söhne und Töchter Palästinas eine Führung brauchen, die in der Lage ist, den Kampf zum Sieg zu führen und die Befreiung Palästinas innerhalb der neudemokratischen Revolution zu erringen. Dies kann alleine die Kommunistischen Partei und der von ihr entwickelte Volkskrieg vollbringen. So wird das palästinensische Volk in der Lage sein, den alten israelischen Staat zu zerstören und einen Neuen

Staat aufzubauen. Dafür ist es auch wichtig, dass unter Arabern der Maoismus verbreitet wird. Dass die Erklärung des Internationalen Kommunistischen Bundes ins Arabische übersetzt wurde, ist in diesem Sinne eine sehr gute Sache.

Es muss weiter die öffentliche Meinung so verändert, dass die Regierungen gezwungen werden, ihre Unterstützung für den Völkermord Israels aufzugeben und es darüber hinaus – zumindest für eine Weile – zwingen, seine Völkermordstrategie zu unterbrechen. Heute besteht noch eine relativ geschlossen Front aller Imperialisten für Israel. Flächendeckende Demonstrationsverbote und Angriffe gegen die nationale Befreiungsbewegung haben in der BRD Ausmaße einer Gleichschaltung und Abschaffung der Meinungsfreiheit angenommen. In den USA verhält es sich gleichermaßen, jede Hoffnung darauf, dass der aktuelle Präsident Biden sich in irgendeiner Form für eine Mäßigung Israels einsetzen könnte, ist, in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen und der Abhängigkeit von Biden von den aufs engste mit Israel verbundenen evangelikanischen Christen hinfällig. Außerdem muss in Betracht gezogen werden, dass die USA in Israel und vielen arabischen Ländern die dominierende imperialistische Macht sind und sie es waren, die mit den sogenannten Abraham-Abkommen den Boden bereitet haben für die jetzige Aggression Israels gegen die Palästinenser und die komplette Untätigkeit der Regime in den arabischen unterdrückten Ländern.

Israel tötete weit über 8.000 Menschen, darunter rund 3.500 Kinder, und verwundete mehrere Zehntausend, das muss denunziert werden, und auch die andauernden Kriegsverbrechen Israels müssen angeprangert werden: Die Kollektivstrafen für die Menschen im belagerten Gaza-Streifen, das Aushungern von Zivilisten als Mittel des Krieges, die Zerstörung der Wasserinfrastruktur, die Vertreibungen von über 2.000.000 Menschen, die Verwendung von weißem Phosphor in dicht besiedeltem Gebiet, die Angriffe gegen medizinische Infrastruktur, Rettungskräfte und Journalisten, die Hinrichtung von vier sich ergebenden unbewaffnete palästinensischen Zivilisten, die rechtswidrigen Angriffe und Besetzungen von Teilen anderer Länder. All diese Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die „Menschlichkeit“ in ihrer Gesamtheit, dazu der öffentlich artikulierte Vernichtungswille gegen das palästinensische Volk, bilden den rechtlichen Umstand des Völkermordes. •

DIE DEUTSCHE STAATSRÄSON



Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat diesen Begriff bereits 2008 in ihrer Rede vor der Knesset, dem israelischen Parlament, verwendet. Damals hat sie ihn quasi eingeführt in den politischen Diskurs. In der aktuellen Situation wird der Begriff der Staatsraison geradezu inflationär verwendet.

Auf der Internetseite der Bundesregierung findet sich ein „Statement des Kanzlers“, in welchem dieser folgendes zum Ausdruck bringt: *„Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.“* und *„Entsprechend werden wir handeln.“* *„In diesem Moment gibt es für Deutschland nur einen Platz. Den Platz an der Seite Israels. Das meinen wir, wenn wir sagen: Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson“*, sagte der auch als Pate von Hamburg bekannte Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Regierungserklärung. Zehn Tage nach der Gegenoffensive des palästinensischen nationalen Widerstands, im Angesicht eines immer weiter verschärften Völkermords an den Palästinensern, ist eben jener Bundeskanzler Olaf Scholz nach Israel gereist, um nochmals die Solidarität der Bundesregierung auszudrücken. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierminister Benjamin Netanyahu, der von einem Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei sprach, sagte Scholz: *„Das ist ein Besuch bei Freunden in schwierigen Zeiten. Die Sicherheit Israels und seiner Bürger ist Staatsräson.“* Dabei nahm er auch explizit Bezug auf das Völkerrecht.

„Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson“, verkündete Außenministerin Baerbock unter anderem in einer Regierungsbefragung des Bundestages. Sie erklärte dazu, sie habe Israel Unterstützung in jeglichem Bereich angeboten. *„Die Sicherheit Israels ist und bleibt deutsche Staatsräson“*, betonte Baerbock am nächsten Tag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ihrem israelischen Kollegen Jair Lapid in Tel Aviv

CDU-Chef und Führer der größten „Oppositionsfraktion“ im deutschen Bundestag, Friedrich Merz, erklärte, er wolle, dass bei Einbürgerungen künftig eine verbindliche Zusicherung dazugehöre, sich entsprechend der deutschen Staatsraison zur Sicherheit Israels zu bekennen. *„Wer das nicht unterschreibt, hat in Deutschland nichts zu suchen“*, sagte Merz in einem ZDF-Interview.

ABER WAS IST EIGENTLICH EINE STAATSRÄSON?

Staatsraison entstammt der Staatslehre von Niccolò Machiavelli. Der Begriff der Staatsräson bedeutet per Definition das Streben nach Sicherheit und Selbstbehauptung des Staates mit beliebigen Mitteln, ist somit eine Art von Rangordnungsregel für Interessens- und Rechtskollisionen in Bezug auf die Machiavellistische Dreieheit „Wille, Notwendigkeit, Nützlichkeit“ als Legitimationsgrößen staatlicher Handlungen. Sie ist

ein behaupteterweise vernunftgeleitetes Interessenkalkül einer Regierung, einzig der Aufrechterhaltung des funktionierenden Staatsgebildes verpflichtet. Die Staatsraison ist somit die Steigerung zur entscheidenden politischen Maxime, hat Vorrang vor allen anderen Interessen, entspricht einer Staatsnotwendigkeit, die im Gegensatz zur individuellen Vernunft und Notwendigkeit steht bzw. stehen kann, auch unter Inkaufnahme der Verletzung von Moral- und Rechtsvorschriften.

In der aktuell geführten Debatte ist Kritik daran eher spärlich gesät, aber es gibt sie durchaus. *„Staatsräson gibt staatlichen Interessen Vorrang vor anderen Werten“*, sagt zum Beispiel Marietta Auer, geschäftsführende Direktorin des Max-Planck-Instituts für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie. Sie warnt diesbezüglich, dass der Schutz des Staates Israel sich als ein Wert herausstellen könnte, der andere deutsche Interessen konterkarieren könnte.

Klaus Dieter Wolf, ein ehemaliger Professor für Internationale Beziehungen an der Technischen Universität Darmstadt, erklärt: *„Ich erkläre eine bestimmte konkrete politische Absicht zur ‚Staatsräson‘, um sie unangreifbar für Widerspruch zu machen.“* Dies habe schwerwiegende Konsequenzen für die reale Politik. Wenn ein Staat bestimmte Prinzipien einfach ausblenden könne – Prinzipien, die der Staat verteidigen müsse, wie demokratische Rechte, Menschenrechte und internationales Recht – dann höhle er sie damit aus.

Joost Hiltermann, Programmdirektor der Middle East and North Africa International Crisis Group, sagt dazu: *„Was auch immer Deutschland über sein intrinsisches Recht sagen mag, an der Seite Israels zu stehen, entbindet es nicht von seiner Verantwortung, das humanitäre Völkerrecht, das die Mittel der Kriegsführung regelt, zu beachten und dafür einzutreten.“*

Es ist durchaus beachtenswert, dass in diesem Zusammenhang das Wesen der Diktatur der Bourgeoisie durch die Verwendung des Begriffs der Staatsraison immer offener artikuliert wird. Lenin stellte dies wie folgt dar: **„Diktatur bedeutet [...] eine uneingeschränkte, sich auf Gewalt und nicht auf das Gesetz stützende Macht.“** Genau das drückt die Verwendung des Begriffs aus, als ob es einer erneuten Bestätigung Lenins bedurft hätte.

Zu den Moral- und Rechtsvorschriften gehört in der BRD unter anderem das Grundgesetz. Dieses garantiert in Artikel 8 die „Versammlungsfreiheit“, als das Recht,

„sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln“. Dieses wird nun der Staatsraison untergeordnet. Dieser Umstand ist Ausdruck des Prozesses der Reaktionalisierung des deutschen Staatsapparats und auch Ausdruck davon, wie weit dieser Prozess mittlerweile fortgeschritten ist. Die Exekutive erklärt völlig unumwunden ihren Allmachtsanspruch.

Dabei spielen die Entwicklungen während der Corona-Pandemie eine wesentliche Rolle. Das Recht auf Versammlungsfreiheit war in den ersten vier Wochen der Corona-Pandemie deutschlandweit im Grunde außer Kraft gesetzt, erklärte Michele Winkler, Pressesprecherin vom Komitee für Grundrechte und Demokratie. Das Bundesverfassungsgericht hat im Nachhinein in einem Beschluss deutlich gemacht, dass pauschale Verbote von Demonstrationen nicht verfassungskonform sind.

Entsprechend sollte man schlussfolgern können, dass dies pauschal auch auf „Pro-Palästina-Demos“ zutreffen müsste. Trotzdem werden sie verboten. Doch auch hier leistet die Judikative noch Widerstand. So erlaubte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof eine propalästinensische Demonstration unter dem Motto „Menschenrechte und Völkerrecht auch für Palästina“ in München, die vorher von der Stadt pauschal verboten worden war. Die bayerischen Oberverwaltungsrichter kritisierten vor allem, dass die Stadt München gleich zum Knüppel des Verbots gegriffen habe, statt andere, mildere Alternativen in Betracht zu ziehen.

Doch dies trifft nicht nur in Frage der Meinungs- bzw. Demonstrationsfreiheit zu. Auch in anderen Aspekten wird geltendes Recht außer Kraft gesetzt, um der Staatsraison gerecht zu werden. Die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, der die BRD 1951 beitrug, sowie das Völkerstrafgesetzbuch, welches 2002 in Kraft trat, verbieten Völkermord, Verbrechen gegen die „Menschlichkeit“, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression, und zwar unabhängig davon, wo, von wem und gegen wen sie begangen werden. Dies bedeutet, dass all diejenigen, die an dem Völkermord an den Palästinensern – mehr dazu an anderer Stelle in dieser Ausgabe der RoPo – teilhaben, ob sie ihn direkt ausführen, ihn befehlen oder dazu aufstacheln, durch die deutsche Justiz verfolgt werden müssten. Aber dies geschieht nicht. Staatsraison eben, unumwunden, offen Diktatur der Bourgeoisie. Gut, dass sie selbst die Illusionen über die angebliche „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ hinwegfegen. •

WEITERHIN BLOCKADE DER KINDERGRUNDSICHERUNG



Ein weiteres falsches Versprechen

Seit Januar diesen Jahres wird jetzt über die Kindergrundsicherung gestritten. Ende letzten Monats wurde dann endlich der Gesetzesentwurf gebilligt, aber wann dieser Entwurf als fertiges Gesetz tatsächlich gebilligt wird und in Kraft tritt, ist eine andere Frage. Seit neuestem knüpft die FDP die geplante Gesetzesreform an Bedingungen wie der Schaffung von Arbeitsanreizen, und meint zusätzlich, dass das Gesetzgebungsverfahren auf jeden Fall „noch einige Zeit dauern“ wird (Johannes Vogel, FDP). Spannend, wie lange sich dieses Verfahren hinauszögern lässt, während man gleichzeitig mit Bürokratieabbau beim Kindergeld wirbt.

Das Kindergeld soll laut Koalitionsvertrag eigentlich 2025 umbenannt und verbessert werden. Die geplante „Kindergrundsicherung“ soll mindestens 250 Euro umfassen, plus einen gestaffelten Zusatzbetrag für einkommensschwache Familien. Die Beantragung soll einfacher und unbürokratischer werden, und die neue Kindergrundsicherung soll zudem verschiedene Hilfen für Kinder zusammenfassen, wie z.B. auch Hartz-IV-Leistungen.

Die Kindergrundsicherung wurde von der Ampelregierung als DAS sozialpolitische Projekt schlechthin erklärt und hat im Koalitionsvertrag oberste Priorität, laut SPD-Chefin Saskia Esken. Finanzminister Christian Lindner (FDP) weigert sich aber, den

Betrag wie versprochen zu erhöhen. Er behauptet, die Schuldenbremse einhalten zu wollen, und hat für den kommenden Haushalt einen Sparkurs angeordnet. Durch seine Haushaltspläne rechnet er übrigens schon im nächsten Jahr mit Rekordeinnahmen. Laut Lindner würde es jetzt schon teurer werden, wenn einfach nur alle Berechtigten das bekämen, was ihnen zusteht. Viele Leute wissen tatsächlich gar nicht, dass ihnen Hilfe zusteht, oder es scheitert an bürokratischen Hürden. Der Finanzminister sieht es also als Problem, wenn einfach nur alle in Anspruch nehmen würden, was ihnen eh schon zusteht. Konkret begründet er seine Blockade an der Umsetzung damit, dass höhere Sozialleistungen die Lohnarbeit wohl unattraktiver machen würden. Er sieht scheinbar die Gefahr, dass dann weniger Menschen arbeiten würden. Wie man bei einer Erhöhung des Kindergeldes von beispielsweise 100 Euro es sich leisten kann, nicht mehr zu arbeiten, bleibt schleierhaft. Außerdem bezweifelt er, dass das zusätzliche Geld, das an die Eltern ausgezahlt wird, bei den Kindern ankommt. Er geht davon aus, dass das Geld von den Familien eher für die Bewältigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten genutzt wird. Das kann tatsächlich gut sein, aber dann wäre es doch erst Recht eine Maßnahme, finanzielle Unterstützung zu leisten, um die Last der Krise abzufedern, anstatt Sparmaßnahmen anzuordnen. Lindners Gegenvorschlag ist jedenfalls, stattdessen die Sprachförderung für die Kinder

auszubauen und die Eltern in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um die Chancen der Kinder zu verbessern. Laut ihm ist die Arbeitslosigkeit der Eltern oft Ursache der Kinderarmut. Konkrete Pläne für die Umsetzung gibt es dafür aber nicht.

Es heißt seitens der FDP, *„für Familien mit Kindern ist bereits viel passiert“*. Möglicherweise ist damit die Erhöhung des Kindergeldes um 30 Euro im Jahr 2023 gemeint. Die war natürlich erfreulich, aber außerordentlich spürbar ist das jetzt auch nicht. Die Gelder sind grundsätzlich eh viel zu knapp bemessen. Ein Rechenbeispiel liefert der Vorsitzende des Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers, am Beispiel des Bürgergeldes: Für die Gesundheitspflege eines Babys seien beispielsweise im jetzigen Bürgergeldsystem 9,29 Euro pro Monat vorgesehen. Alleine die billigste Monatsbox Windeln koste jedoch schon 36,99 Euro, und ob die tatsächlich auch ausreicht, ist durchaus fraglich. Für die Bildung eines Kleinkindes sehe das Bürgergeld 1,72 Euro im Monat vor. *„Da kann man keine Kinderbücher mit finanzieren“*, meint er zu Recht. Und so selten ist diese Situation nicht: fast jedes fünfte Kind in Deutschland ist arm oder von Armut bedroht.

NICHT GEHALTENE VERSPRECHEN ALS „RISIKO FÜR DIE DEMOKRATIE“

Familienministerin Lisa Paus (Grüne) will die Kindergrundsicherung, wie im Koalitionsvertrag versprochen, umsetzen. Dass das neue Kindergeld jetzt doch auf der Kippe steht, stellt für sie vor allem ein Imageproblem für die Regierung und ein Risiko für die Demokratie dar. Sie fragt sich, wie *„Menschen, die sich permanent ausgegrenzt fühlen und denen die Chancen genommen werden“* ein *„positives Verhältnis zu unserer Demokratie“* finden sollen. Aus diesem Grund sei es ihr wichtig, die so verfestigte Armut zu ändern. Ihre Befürchtungen sind nicht aus der Luft gegriffen, denn Menschen ohne Chancen und Perspektive sehen in der Tat, dass sie in diesem System nichts zu gewinnen haben und dass sich der Staat nicht um ihre Probleme schert. Dieses Bewusstsein ist aber wertvoll, wenn man es als Grundlage und Voraussetzung nimmt, um die Gesellschaft zu verändern. Diese ausgegrenzten Menschen, denen die Chancen genommen werden, haben logischerweise kein positives Verhältnis zum deutschen Staat, und das ist auch richtig so.

Mal abgesehen davon, dass die ursprünglich geplante Erhöhung sowieso relativ wenig mit dem genannten

Ziel zu tun hat, Kinderarmut zu bekämpfen, reiht sich dieses gebrochene Versprechen in eine Reihe nicht realisierter Verbesserungen der Regierung ein. Die Regierung ist offensichtlich nicht in der Lage, spürbare Verbesserungen für uns zu schaffen, und nutzt die Hoffnung darauf bloß für Wahlkampfszwecke.

KINDERERZIEHUNG BLEIBT FRAUENSACHE

Wer ist denn eigentlich am meisten auf das Kindergeld angewiesen? Vor allem Familien, bei denen das Geld ohnehin knapp ist: Arbeiterfamilien oder alleinerziehende Mütter zum Beispiel. Diese müssen oft all allen Ecken und Enden sparen, um ihren Kindern das Nötigste zu ermöglichen. Und hier sind es meistens insbesondere Frauen, die sich um die Kinder kümmern: 88 Prozent aller Alleinerziehenden sind Frauen, der Anteil der alleinerziehenden Männer beträgt nur 12 Prozent (Stand 2019). Wenn man sich die arbeitenden Frauen in der BRD anguckt, sieht man, dass Teilzeitarbeit unter Frauen sehr verbreitet ist. Statistisch gesehen arbeitet jede zweite Frau in Teilzeit, bei den Männern ist es bloß jeder zehnte. Damit geht dann natürlich auch ein geringerer Lohn einher. Aber nicht unbedingt auch weniger Arbeit: Frauen arbeiten meist in Teilzeit, um mehr Zeit für die Kinder zu haben. Die zusätzliche Erziehungs-, Pflege- und Hausarbeit kommt unbezahlt noch zur Lohnarbeit dazu und nimmt bei Frauen jeden Tag durchschnittlich 3 ½ Stunden in Anspruch, bei Männern ca. 2 Stunden (Stand 2013 in der BRD). Diese Unterschiede werden noch deutlicher, wenn Kinder unter sechs Jahren im Haushalt leben. Die Betreuung von Kleinkindern ist in erste Linie Frauensache.

Die Imperialisten heute haben gar kein Interesse daran, eine echte Gleichstellung der Geschlechter zu verwirklichen. Sie profitieren direkt davon, dass Frauen die Kindererziehung und häusliche Arbeit gratis verrichten, dafür muss ja niemand bezahlt werden. Auch den arbeitenden Männern müssen sie dadurch weniger Lohn zahlen, wenn ihre Frauen sich kostenlos um sie sorgen, ihnen den Rücken frei halten und sie für den nächsten Arbeitstag wieder fit machen. Ansonsten bräuchten die Männer ja mehr Lohn, um sich für den nächsten Tag mit zusätzlichen Kosten alleine zu regenerieren. Wenn wir wollen, dass das Wohlergehen unserer Kinder nicht von ein paar Euro mehr oder weniger jeden Monat abhängt und überwiegend die Frauen sich damit abmühen müssen, müssen wir unser Schicksal selber in die Hand nehmen. •

POLIZEISCHIKANE, FALSCHER STATISTIKEN, MEDIENTRUBEL – DIE GEZIELTE SPALTUNG DER MASSES IN BERLIN

„Gewalt in Freibädern“, gefährliche Parks, willkürliche Polizeikontrollen an Bahnhöfen und die Repressionen der kämpferischen Solidaritätsdemonstrationen für Palästina – die Berliner Politik und Polizei, mit übereifriger Unterstützung der Lokalmedien, lässt nichts unversucht, um das Bild eines Sündenbocks zu zeichnen, welcher vermeintlich für alle Probleme in der Stadt verantwortlich ist: jung, männlich, Ausländer. Sie streben damit unter anderem gezielt die Spaltung der Massen an, und treiben diese Agenda in den letzten Monaten besonders stark voran. Deshalb schauen wir uns die oben genannten vier Punkte im Folgenden an, und dabei insbesondere, auf welche verschiedenen Arten die Herrschenden versuchen, die Massen zu spalten.

UND JÄHRLICH GRÜSST DIE „FREIBAD-SCHLÄGEREI“

Wie wir schon in der diesjährigen August-Ausgabe der Roten Post berichteten, fanden auch in diesem Jahr die bürgerlichen Medien besonderen Gefallen daran, über die angeblich eskalierenden Schlägereien in Freibädern zu berichten und einen großen Trubel darum zu machen. Für Politiker wie Friedrich Merz (CDU) ein Anlass (nicht, dass er einen brauchen würde), um „[...] *enthemmte Jugendliche [...] mit Migrationshintergrund [...] als die Schuldigen zu betiteln. Aber auch selbstbetitelt „progressive“ Politiker aus der Grünen-Fraktion sagten im Grunde genommen das Gleiche. Wie im genannten Artikel genauer beschrieben, wurden hier Tatsachen in den bürgerlichen Medien verdreht und Vorfälle aufgebauscht, um innerhalb der Klasse Zwietracht zu säen.*

TASKFORCE DIE DRITTE – DER „SICHERHEITSGIPFEL“ FÜR DEN GÖRLI

Auch „die Debatte“ um den Görlitzer Park, kurz Görli, findet immer wieder ihren Weg in die mediale Berichterstattung und die Lokalpolitik der

Herrschenden. Zuletzt entfachte eine mutmaßliche Gruppenvergewaltigung im Juni diesen Jahres die Diskussion um die Sicherheit im der Parkanlage erneut. Neben diesem konkreten Fall führte auch eine Statistik der registrierten Straftaten im „kriminalitätsbelasteten Ort“ („kbO“) Görlitzer Park/Wrangelkiez dazu, dass der regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) einen „Sicherheitsgipfel“ einberief, bei dem es schwerpunktmäßig um den Görli ging. Dieser fand im September diesen Jahres statt und war inzwischen der dritte Versuch der Berliner Regierung, im Görli durchzugreifen.

Die Zahlen, auf deren Grundlage die Legitimierung des „Sicherheitsgipfels“ unter anderem fußt, sind jedoch schlichtweg falsch. Es war die Rede von sechs Vergewaltigungen im ersten Halbjahr 2023 im „kbO“ Görlitzer Park/Wrangelkiez. In der Diskussion um die Sicherheit im Park wurde diese Zahl oft herangezogen. Jedoch umfasst der „kbO“ die doppelte Fläche des Görlitzer Parks. Lediglich die mutmaßliche Gruppenvergewaltigung fand tatsächlich im Park statt, die anderen Fälle ereigneten sich im umliegenden Wrangelkiez.

Die hauptsächliche Forderung der CDU nach dem „Sicherheitsgipfel“ war mehr Polizei und Repression. In einem Positionspapier der SPD dazu fehlten auch Textpassagen wie *„Abschiebung häufig überführter und verurteilter Drogenhändler“* natürlich nicht.

Also wurde unter der falschen Prämisse, dass es viele sexuelle Übergriffe im Görlitzer Park geben würde, die Maßnahme beschlossen, dass es noch mehr Polizeipräsenz und damit auch mehr Kriminalisierung der Flüchtlinge, die als Drogendealer im Görlitzer Park unterwegs sind, gibt. Wie auch bei den Freibad-Klopereien muss sich ganz klar gegen das Lumpentum und die Glorifizierung dessen gestellt werden. Jemand, der Drogen verkauft, vergiftet nicht nur die Massen direkt, sondern erfüllt genau damit auch einen Dienst an die Herrschenden, welche verhindern wollen, dass die Arbeiterklasse sich aktiv gegen sie auflehnt, was vollgedröhnt nicht funktioniert. Das bedeutet also nicht, dass jeder Drogendealer im Görli ein „Opfer seiner Umstände“ ist, und deshalb von jeder Schuld

rein gewaschen ist. Jedoch ist auch zu bedenken, dass viele der Dealer Flüchtlinge aus beispielsweise dem Senegal oder Gambia sind, die nach Deutschland gekommen sind, in der Hoffnung, sich ein besseres Leben zu ermöglichen. Viele bekommen jedoch keine Arbeitserlaubnis, weshalb einige sich dazu entscheiden, Drogen zu verkaufen, anstatt unter miesesten Bedingungen schwarz arbeiten zu gehen. Sie flüchteten aus Regionen, in denen der räuberische Imperialismus wütet und unwürdige Lebensumstände geschaffen hat. Nicht nur, dass auch der deutsche Imperialismus das Leben in ihrer Heimat zerstört hat, nun werden sie in der BRD selbst von den Herrschenden genutzt, um die Massen mit Drogen zu vergiften, und müssen als Sündenbock herhalten, damit sich die Herrschenden nach einer showreifen Einlage, wie dem „Sicherheitsgipfel“, wie Retter inszenieren können, obwohl sie und ihr System es doch sind, die an dem Elend der Menschen schuld sind.

Und die Massen wollen nicht noch mehr Polizeipräsenz, denn sie wissen, dass das an der Situation nichts ändern wird. Denn von den rassistischen Polizeikontrollen ist jeder betroffen, der nicht deutsch aussieht. Was die Massen wollen, ist, dass keine Drogen mehr vor ihrer Haustür und an dem Ort, an dem sie sich nach der täglichen Schufterei erholen, verkauft werden.

DER FREIFAHRTSCHEIN FÜR WILLKÜR - VERSCHÄRFTE POLIZEIKONTROLLEN UND „WAFFENVERBOTSZONEN“ AUF BAHNHÖFEN

Am 28. und am 29. Juli setzte die Bundespolizei eine temporäre „Waffenverbotszone“ in sechs Berliner S-Bahnhöfen durch. Eine ähnliche Schikane-Aktion soll nun im Oktober stattfinden. Hier soll laut Bundespolizei angeblich für mehr Sicherheit auf den Bahnhöfen gesorgt werden, jedoch ist das ein vorgeschobener Grund, um durch willkürliche Polizeikontrollen nicht nur Polizeipräsenz zu normalisieren. Willkürlich, da in diesen „Waffenverbotszonen“ die Bullen zum einen „verdachtsunabhängige Personenkontrollen“ machen können, aber auch die Definition, was genau eine Waffe ist, nach Lust und Laune der Bullen abhängt. Auf der anderen Seite sorgte die „Live-Berichterstattung“ der Bullen auf Twitter, á la *„Vier tschechische Männer im Alter zwischen 17 und 20 Jahren sind jetzt ohne zwei Teleskopschlagstöcke, zwei*

Schlagringe und zwei Tüten Drogen in Berlin unterwegs“ zwar zum einen für einen Einblick, welche Menschen sie besonders oft kontrollierten, auf der anderen Seite suggerierte es ein Bild, welches auf den ersten Blick so scheint, als würden fast ausschließlich junge Migranten gegen die Regeln der „Waffenverbotszone“ verstoßen und deshalb „besonders kriminell“ sein.

REPRESSION GEGEN DIE KÄMPFERISCHEN DEMONSTRATIONEN IN NEUKÖLLN

Sowohl von den Politikern, als auch von den bürgerlichen Medien wird dem palästinensischen Volk jegliche Berechtigung zum Widerstand gegen den Besatzer Israel abgesprochen. Und auch auf den Straßen Neuköllns ist das sichtbar. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Versammlungsfreiheit wurde von den Berliner Behörden faktisch ausgehebelt, und das nicht zum ersten Mal. Angemeldete Versammlungen zur Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes wurden verboten, und mit ihnen auch alle „Ersatzveranstaltungen“. Solche Allgemeinverfügungen spricht die Polizei schon seit 2022 aus, insbesondere, wenn es um das Thema Palästina geht. Trotzdem halten die Proteste an, und es finden sich regelmäßig hunderte Demonstranten auf den Straßen von Neukölln ein. Die Reaktion der Herrschenden und bürgerlichen Medien darauf ist, dass diese versuchen, die Proteste und die Teilnehmer als antisemitisch zu darzustellen, und damit nicht nur die Proteste in Berlin und ganz Deutschland zu delegitimieren, sondern den gesamten Kampf des palästinensischen Volkes.

Die oben gezeigten Beispiele zeigen, mit welchen unterschiedlichen Methoden die Herrschenden versuchen zu vermeiden, dass die Arbeiterklasse sich vereint, und ihre Wut geballt gegen sie richtet. Deshalb ist es umso wichtiger, mit unseren Klassenbrüdern und -schwestern zusammen zu stehen, sei es im Kampf gegen die gezielte Verleumdung von Teilen unserer Klasse, sei es im Kampf gegen die Polizeischikane, von der besonders Personen mit offensichtlichem Migrationshintergrund betroffen sind, oder sei es die Unterstützung des Kampfes gegen den Völkermord in Palästina oder sonst wo auf der Welt. •

CHAUVINISTISCHE HETZE UND REPRESSION GEGEN PALÄSTINA-UNTERSTÜTZER

Nach der Gegenoffensive der nationalen palästinensischen Befreiungsbewegung auf den Staat Israel und der völkermörderischen Reaktion Israels gegen das palästinensische Volk entbrannte eine Protestwelle auf der ganzen Welt. Überall gingen die Unterstützer des palästinensischen Widerstandes auf die Straße, um ihre Solidarität mit dem Kampf auszudrücken. Der deutsche Imperialismus entfaltet seit dem 7. Oktober eine massive Repressions- und Hetzkampagne gegen jeden, der sich mit dem Kampf des palästinensischen Volkes solidarisiert und pauschal auch gegen Araber und Muslime. Hier in Hamburg zeigt sich diese Kampagne sehr stark und drückt sich in mehrerlei Hinsicht aus.

VERSAMMLUNGEN FÜR PALÄSTINA PER ALLGEMEINVERFÜGUNG VERBOTEN

In Hamburg wurde das Versammlungsrecht für Unterstützer Palästinas de facto ausgehebelt. Versammlungen für Palästina wurden von der Stadt pauschal mit einer Allgemeinverfügung Verboten. Der Sprecher der Hamburger Polizei, Florian Abbenseth, sagte zu der ersten erlassenen Allgemeinverfügung am 16. Oktober 2023 gegenüber NDR Info:

„Das ist jetzt erstmal ein Verbot, das für drei Tage ausgesprochen ist, und die Versammlungsbehörde verfolgt die Entwicklungen sehr aufmerksam und prüft dann ob diese Allgemeinverfügung ausläuft oder möglicherweise zu verlängern ist. Die Versammlungsbehörde geht davon aus, dass mit der Bodenoffensive eine massive Emotionalisierung einhergeht und es dann bei Versammlungen zu zahlreichen Straftaten kommen kann. Das können verbotene Symboliken sein, die dort gezeigt werden, das können strafbare Inhalte sein, strafbare Äußerungen, das reicht aber auch bis hin zur Billigung der Gräueltaten, auch das ist strafbar.“

Die Möglichkeit, dass es zu Straftaten kommen könnte, muss also als Begründung dafür herhalten, dass alle Versammlungen mit Bezug zu Palästina von vornherein verboten werden. Die politische Dimension, dass der deutsche Imperialismus es zu

seiner Staatsraison erklärt hat, Israel um jeden Preis zu schützen und damit alles gegen den palästinensischen Kampf tut, wird dabei völlig von der Hamburger Polizei geleugnet. Direkt, nachdem die erste Allgemeinverfügung am 18. Oktober ausgelaufen ist, wurde sie von der Stadt um weitere fünf Tage verlängert. Demonstrationen für Palästina, die vorher schon für diesen Zeitraum angemeldet waren, wurden somit ebenfalls untersagt.

Doch trotz der Demonstrationsverbote nahmen sich Unterstützer des palästinensischen Befreiungskampfes, Massen und Revolutionäre, die Straße an verschiedenen Tagen und ließen sich ihren Protest nicht verbieten. Aktivisten des Roten Bundes beteiligten sich ebenfalls an Demonstrationen, wie zum Beispiel am 13. Oktober, der ersten Kundgebung für Palästina, die in Hamburg verboten wurde. Über 650 Polizisten, Räumpanzer und mehrere Wasserwerfer standen am Hauptbahnhof bereit, um das Demoverbot durchzusetzen. Die Aktivisten berichteten unserem Korrespondenten, dass sie und andere, als sie die Initiative ergriffen und anfangen Parolen zu rufen, direkt von einem Polizeitrupp angegriffen und festgenommen wurden. Mit demokratischen Rechten hat das nichts mehr zu tun!

ARABER UND MUSLIME UNTER GENERALVERDACHT

Es sind aber längst nicht nur die Demoverbote und das Aushebeln der demokratischen Rechte. Die Hamburger Polizei belagert derweil Moscheen während des Freitagsgebets. Polizisten stehen in Reih und Glied und in voller Kampfmontur vor den Moscheen, kontrollieren Menschen und verhindern jegliche Art von kleinstem Protest. Menschen, die vor den Moscheen Flugblätter zu angekündigten Demonstrationen verteilen, werden von der Polizei festgenommen. Laut Hamburger Polizei dienen die Kontrollen vor den Moscheen der Sicherheit der Betenden. Pure Heuchelei! In der Praxis ist die Belagerung nichts anderes als ein Versuch zur Einschüchterung derer, die auf der Seite Palästinas

stehen und ein klarer Ausdruck der chauvinistischen und rassistischen deutschen Politik.

Besonders zentral in der abscheulichen chauvinistischen Hetzkampagne, ist die bürgerliche Presse und in Hamburg insbesondere der staatliche Norddeutsche Rundfunk (NDR). Dieser betrachtet derweil jeden Araber und jeden Muslim als potentiellen „Antisemiten“ und versucht Aussagen, die ihre chauvinistische Hetzte befeuern, zu provozieren. An mehreren Freitagen standen auch Vertreter der Presse wie die Geier vor Moscheen, um Muslime zu interviewen und vermeintlich antisemitische Aussagen einzufangen. Dabei wird natürlich jede Aussage, die für Palästina getroffen wird, als antisemitisch bezeichnet, jede Kritik am Völkermord Israels an den Palästinensern für die chauvinistische Hetze missbraucht.

Kurz nach der Gegenoffensive des palästinensischen nationalen Widerstandes verschlug es die Journalisten vom NDR auch auf den Steindamm, eine Straße, die von arabischen und türkischen Geschäften geprägt ist. Auch hier versuchten die Journalisten, Aussagen zu provozieren, die sie für ihre Hetze benutzen können. Während die meisten Menschen auf dem Steindamm der Presse eine Absage erteilten, sagte eine junge Frau, dass sie die Gegenoffensive begrüßen würde und an dem Tag gefeiert habe. Das Hamburg Journal strahlte den Beitrag aus und berichtete dann einen Tag später darüber, dass sie die junge Frau direkt haben ins Messer laufen lassen und nun das LKA nach ihr fandet.

CDU FORDERT ABSCHIEBUNGEN FÜR PALÄSTINA-UNTERSTÜTZUNG

Aus den Reihen der Landespolitik werden die Demonstrationsverbote per Allgemeinverfügung einstimmig gestützt, während mit direkter Beteiligung des Senats regelmäßige Kundgebungen für Israel organisiert werden, auf denen kein Wort über den Völkermord Israels verloren und die Hetze nur weitergeführt wird. Einen besonderen Vorstoß machte nach dem 7. Oktober aber die CDU. Diese forderte die direkte Abschiebung von Menschen ohne deutschen Pass, die sich auf die Seite Palästinas stellen. So sagte Dennis Thering, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Hamburger Bürgerschaft, gegenüber dem Hamburg Journal am 11. Oktober über Menschen, die solidarisch

mit Palästina sind: „*Da kann es nur eine Reaktion geben, diese Menschen haben in Deutschland nichts zu suchen, haben ausgewiesen zu werden, da sind wir als CDU sehr klar.*“ So geht der widerliche imperialistische Chauvinismus von bloßer Rhetorik ins Praktische über und insbesondere Unterstützer Palästinas, die keine deutschen Staatsbürger sind, werden politisch verfolgt und ihnen droht die Abschiebung. Es sind Menschen, die häufig wegen politischer Verfolgung aus ihren Heimatländern nach Deutschland geflohen sind. Nun muss man sich darauf einstellen, dass ihnen auch hier politische Verfolgung droht.

Die chauvinistische Hetze des deutschen Imperialismus, sowie alle Einschränkungen der demokratischen Rechte, müssen in dieser Zeit bekämpft werden. Die Spaltung, die die Imperialisten damit forcieren, darf keinen Nährboden in den Reihen unserer Klasse finden. Dafür muss man sich klar darüber sein, was im Westen Asiens passiert. Palästina wird seit Jahrzehnten von Israel unter dem Kommando der USA unterdrückt, besetzt und kolonisiert. Welcher Gewalt das palästinensische Volk ausgesetzt ist, sehen wir gerade jetzt, wo es schon abertausende Opfer im Gazastreifen gibt. Der palästinensische nationale Befreiungskampf ist entsprechend notwendig und gerechtfertigt. Als Revolutionäre halten wir diesen Kampf hoch und verteidigen das Recht der nationalen Befreiungsbewegungen, ihre Kampfformen und auch ihre Führung selbst zu wählen. Den palästinensischen Kampf auch hier in der BRD auf die Straße zu tragen und Protest gegen die Repression und Hetze des deutschen Staates zu entwickeln ist eine unmittelbare Notwendigkeit! •

Festnahme von Palästina-Unterstützern durch eine Übermacht von Polizisten am 13. Oktober



Polizeibelagerung vor einer Moschee in St. Georg am 20.10.

UNSER KAMPF, UNSERE FORDERUNGEN!

Am 28. September ließ sich in den Bremer Stahlwerken ein seltsames Schauspiel beobachten. Um die Tausend Menschen demonstrierten unter den rot-weißen Fahnen der Gewerkschaft IG Metall vor den Toren des Konzerns ArcelorMittal. Doch es war nicht wie sonst eine Streikdemo, sondern ein selbst von der Fabrikleitung und der Gewerkschaftsführung gemeinsam abgesprochene und ins Leben gerufene Aktion mit der Forderung nach einem Industriestrompreis. Diese Forderung wurde nicht von den Arbeitern im Betrieb aufgestellt, sondern stammt in erster Linie von Unternehmerverbänden und wird von der Bundesregierung diskutiert. Da es eine Forderung der Imperialisten ist, sah Arcelor auch kein Problem darin, den Arbeitern für den „Protest“ ohne Lohneinbußen freizugeben.

Mit dem Industriestrompreis wollen die großen deutschen Unternehmen eine Maßnahme schaffen, dass sie und ihr Profit in der Krise weiter wachsen. Dabei haben nicht wenige von ihnen in den letzten Jahren bereits Rekordgewinne machen können, während es kleine und mittlere Unternehmen waren, die einbrachen, und für die die gestiegenen Energiekosten in einigen Fällen das Aus bedeuteten. Der Industriestrompreis ist eine Maßnahme für die Imperialisten auf Kosten der Arbeiterklasse, denn er wird natürlich durch von uns eingebrachte Staatsgelder ermöglicht. Die Maßnahme kann nicht in unserem Interesse sein, da sie im Interesse *unseres Feindes* steht. Die IG Metall leugnet das und freut sich, „Seite an Seite mit dem Arbeitgeber“ für die Zukunft der Industrie in Deutschland auf die Straße zu gehen. Dabei wird besonders das klassische Argument, was zuletzt „Arbeitgeberpräsident“ Rainer Dulger in den Diskussionen um Lohnerhöhungen angesichts der Inflation oft benutzt hat – ohne starke Unternehmen gebe es auch keine guten Arbeitsplätze; weshalb sich die Arbeiter mit den Forderungen nach höherem Lohn selbst den Boden unter den Füßen wegziehen würden – benutzt. Man könne mit der Konkurrenz aus dem Ausland bald nicht mehr standhalten, und ohne die Grundstoffindustrie sehe es auch für den Industriestandort Bremen, beispielsweise in der Automobilindustrie, schlecht aus.

Jene Automobilindustrie in Bremen in Form des Mercedes-Werks hat in den vergangenen Jahren regelmäßig

Kurzarbeit in der Produktion eingeführt und damit seine Gewinne steigern können. Auf der Betriebsversammlung des Werks im September war es nun ein IG-Metall-Funktionär und Betriebsratsmitglied selbst, der die nächste Maßnahme, um Schichten zu streichen, ins Spiel brachte: *„Ich finde, man muss sich endlich entscheiden können zwischen Geld und Freizeit“*, posaunte der Sesselpupser vor geladener Belegschaft heraus. Es gebe so viele Vorteile, besonders für Leute mit Familie, wenn man sich statt nicht unbedingt benötigtem Geld ein bisschen mehr Zeit für sein Leben nehmen könnte. Das war sein Beitrag zum Arbeitskampf auf dieser Veranstaltung. Andere, die neben ihrer Gewerkschaftstätigkeit auch tatsächlich dort arbeiten, berichteten über Probleme mit Personalbeschneidungen, Sonderschichten, Hin- und Hergeschiebe vieler Arbeiter zwischen den Bändern und Schichten, und forderten besonders mehr Personal als Lösung für das mancherorts bestehende Übermaß an Arbeit. Diese Kollegen fanden auch ein bisschen klarere Worte gegenüber der Werksleitung. Ihre Forderungen spiegeln zumindest in Teilen die Forderungen der Belegschaft wieder; das schöne Gerede über „Geld oder Freizeit“ spielt hingegen voll dem Daimler-Konzern in die Karten, welcher die (bezahlte) Arbeitszeit weiter reduzieren will. Manchen gut bezahlten Beschäftigten mag die Forderung nach „Geld oder Freizeit“ willkommen sein, aber für die meisten anderen, und ganz besonders denen, denen es wirklich schlecht geht – was im Falle von Mercedes die Leiharbeiter und Logistiker sind, stellt das gar keine Option dar, da sie sich Lohnseinbußen überhaupt nicht leisten können.

Die Forderung ist eben nicht nur ein netter Vorschlag für eine gemütlichere Situation der bessergestellten Arbeiter, sondern biedert sich in erster Linie an die Maßnahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Chefin (Ex-SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi) zur Unterstützung des deutschen Imperialismus an. Eine davon, ganz aktuell, ist die Vier-Tage-Woche – entweder bei gleicher Arbeitszeit oder mit verringerter und begrenztem Lohnausgleich. Die Imperialisten wollen insgesamt auch hier die bezahlte Arbeitszeit verringern, um den Profit zu vergrößern. Der Kern der Position der IG Metall in Bezug auf die Vier-Tage-Woche und die anderen hier gezeigten Maßnahmen ist, dass die zentrale Frage des Arbeitskampfes, die Frage nach mehr Lohn, da ein geringerer Lohn mehr unbezahlte Arbeit, d.h.

mehr Ausbeutung bedeutet, völlig beiseite geschoben wird. Auf dem Blog von peruanischen Genossen wurde vor einem guten Monat ein Artikel namens „Der Klassenkampf des Proletariats“ veröffentlicht, der sehr ausführlich die IG-Metall-Führung in ihrem Vorpreschen für die Einführung einer Vier-Tage-Woche als Helfer der deutschen Konzerne demaskiert. Sie schreiben unter anderem:

„Daher ist die Tatsache, dass diese neuen Konfigurationen, die in der Vergangenheit mit dem ‚Verzicht auf Lohnerhöhungen‘ durch die Arbeitnehmer einhergingen, nichts anderes als ein Beweis für den Verrat der Gewerkschaftsbürokraten, der Arbeiteraristokratie, der Vertreter der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats, wie etwa der Sozialdemokraten. Sie vertraten bei Tarifverhandlungen nicht die Interessen der Arbeiter, sondern dienten den Interessen der Bosse. Die Leugnung der Produktionsgeschichte und des Klassenkampfes, denn, wie Marx argumentierte, in Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall, die Veränderungen der Produktivität und der Arbeitsintensität gehen entweder der Verkürzung des Arbeitstages voraus oder finden unmittelbar danach statt.“

[...]

Im Zusammenhang mit dem Kampf um höhere Löhne darf auch nicht vergessen werden, dass, wenn der Kampf um höhere Löhne nicht geführt wird, wenn auf ihn verzichtet wird, relativ, d.h. im Vergleich zum Mehrwert, der Wert der Arbeitskraft immer geringer wird und die Kluft zwischen der Lebenssituation des Arbeiters und der des Kapitalisten immer größer wird.“

Nun stelle man sich die Aussagen zweier oben genannten Personen – Fahimi und Dulger – nebeneinander vor und denke sich noch folgendes aus dem Munde unseres Mafioso-Kanzlers hinzu:

„Um auf die Veränderungen in der Arbeitswelt zu reagieren und die Wünsche von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Unternehmen nach einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung aufzugreifen, wollen wir Gewerkschaften und Arbeitgeber dabei unterstützen, flexible Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen. Wir halten am Grundsatz des 8-Stunden-Tages im Arbeitszeitgesetz fest. Im Rahmen einer im Jahre 2022 zu treffenden, befristeten Regelung mit Evaluationsklausel werden wir es ermöglichen, dass im Rahmen von Tarifverträgen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter bestimmten Voraussetzungen und in einzuhaltenden Fristen ihre Arbeitszeit flexibler gestalten können.“



Werksleitung und IG-Metall-Spitzen laufen bei der „Demo“ in den Stahlwerken voran

Diese Zeilen aus dem Koalitionsvertrag zeigen, wie die SPD-geführte Bundesregierung Korporatismus, also alle wirtschaftliche Aktivität, und besonders die gewerkschaftliche Arbeit, unter Kontrolle des Staates zu bekommen, entwickelt, um Änderungen an der Dauer des Arbeitstages durchzusetzen. Die SPD steht für Betriebsräteverfassungsgesetz und „Sozialpartnerschaft“, und zur Zeit an der Spitze sowohl der Regierung als auch der Gewerkschaften. Olaf Scholz, Fahimi und Dulger haben tatsächlich bereits letzten Sommer bei ihrer „Konzertierten Aktion“ gezeigt, wie die Bourgeoisie in einer für sie schwierigen Situation Absprachen trifft, um den Arbeitskampf zu ersticken.

Auch Bremens SPD-Bürgermeister Bovenschulte ging mit bestem Beispiel voran und trat neben anderen bürgerlichen Politikern als Redner auf der Stahlwerks-„Demo“ auf. Man schenkte ihm nicht mehr Aufmerksamkeit als die Mercedes-Belegschaft ihren IG-Metall-Leuten, vor deren Redebeiträgen die Plätze weitestgehend geräumt wurden. Es ist nur logisch, dass das Vertrauen in die bürgerlichen Politiker und die falschen Führer verloren geht. Sie versuchen nicht nur, unseren Kampf zu schwächen, sondern wollen uns auch für den „Kampf“ der Kapitalisten auf die Straße bringen! Und so kommt es zu den Forderungen, die überhaupt nicht unserem Kampf entsprechen. Das, was die Arbeiterklasse fordert, ist gegenwärtig in erster Linie eine Erhöhung ihrer Kaufkraft (des Reallohns) anstatt ihn mittels der Inflation und faulen Gewerkschaftsabkommen zu senken; hinzu kommen etliche weitere wichtige Forderungen wie **„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“**, **„Für ein unbegrenztes Streikrecht der Arbeiter!“**, **„Verteidigt den 8-Stunden-Tag“**, Abschaffung der Mehrwertsteuer, bezahlte Pausen, Übernahme von Reisekosten, familiengerechte Arbeitszeiten, gegen Überwachung am Arbeitsplatz, Wochenendarbeit nur freiwillig, Zuschläge bei Überstunden, kostenlose Arbeitskleidung etc. •

AKTIONEN IN SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA IN NRW

Genau wie an vielen anderen Orten auf der Welt hatte die Gegenoffensive des palästinensischen Volkes gegen seine Unterdrückung auch in Nordrhein-Westfalen seine Auswirkungen. Gleich nachdem am 7. Oktober der nationale Widerstand seine militärischen Aktionen begonnen hat und die bürgerlichen Politiker und Presse ihre Kampagne gegen den gerechtfertigten Kampf des palästinensischen Volkes angefangen haben, wurde auch schon eine Demonstration in Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes in Duisburg-Hochfeld angekündigt.

PALÄSTINA-DEMONSTRATION IN DUISBURG-HOCHFELD

Aus Berlin drangen zu diesem Zeitpunkt schon erste Meldungen über Demonstrationsverbote und Anklagen gegen die palästinensische Bewegung im Allgemeinen und Samidoun im Besonderen herüber, weil auf der Sonnenallee in Berlin-Neukölln Menschen den Widerstand des palästinensischen Volkes gefeiert hatten. An der Demonstration in Duisburg, welche von einem lokalen pro-palästinensischen Bündnis in Zusammenarbeit mit Samidoun organisiert worden war, nahmen neben verschiedenen anderen Kräften aus der revolutionären Bewegung auch Aktivisten des Roten Bundes teil. Da es sich bei der Demonstration in Duisburg um

nach den Ereignissen vom 7. Oktober gehandelt hatte, war das Interesse der bürgerlichen Medien entsprechend groß. So waren vor dem Beginn der Demonstration tatsächlich mehr Kamerateams samt Journalisten und bewaffneten Sicherheitspersonal anwesend als Demonstranten. Die Bullen fuhren in offensichtlicher Angst vor der Kraft, die der nationale Befreiungskampf in Palästina entwickelt, Hundertschaften, Kamerawagen und anderes Equipment auf und besetzten den proletarischen Stadtteil Hochfeld von der Haupt- in die Seitenstraßen. Zusätzlich versuchte die Polizei mit für Nordrhein-Westfalen inzwischen üblichen Manövern, die Versammlungsfreiheit der Demonstranten einzuschränken, indem sie dem Anmelder der Demonstration erst wenige Minuten vor Demonstrationsbeginn die Auflagen für die Demonstration zuschickten, die besonders darauf fokussierten, das es verboten wäre, das „Existenzrecht Israels“ in Frage zu stellen oder allgemein Hass gegen den israelischen Staat zu verbreiten. Auch durfte man sich nicht positiv auf den nationalen Widerstand in Palästina beziehen. Mit diesen Auflagen konfrontiert ließen sich die Demonstranten nicht großartig beeindrucken und stimmten trotzdem kämpferische Parolen an. Neben allgemein bekannten Parolen wie „Hoch die internationale Solidarität“ und „Solidarität heißt Widerstand“, wurde auch die Parole „From the River to Sea – Palestine will be free“ gerufen, was sofort zu Folge hatte, dass einige Pressevertreter von Welt TV und antikommunistischen

Online-Blogs ihre Kameras zückten und versuchten, die Gesichter der Demonstranten zu filmen. Wohl auch, weil in den Medien der Bourgeoisie gerade darüber debattiert wird, die Parole unter Strafe zu stellen. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung agierte dann das Team rund um die Welt-Journalistin eher als Provokateure als dem bürgerlichen Ideal von Pressevertretern nach. Die Demonstration und ihre Teilnehmer wurden in einer Tour beleidigt und eine Eskalation der Lage geradezu herbeigesehnt. Das ging sogar soweit, dass einer der mit Pfefferspray und Quarzhandschuhen bewaffneten Sicherheitsleute eine Konfrontation mit einem palästinensischen Aktivisten anging und von der Menge der Menschen zurückgedrängt wurde.



Demo in Duisburg-Hochfeld

die de-facto erste Demonstration mit positiven Bezug auf den palästinensischen Widerstand in der BRD

Als die Demonstration dann durch die Straßen von Hochfeld lief und sich immer mehr Menschen aus dem Stadtteil anschlossen und ihre Sympathie bekundeten, passierte sie eine Gegenveranstaltung von Zionisten und Reaktionären, die versuchten, mit Israelfahnen und widerlichen Sprechchören zu provozieren. Im Anschluss daran versammelte man sich zu einer Abschlusskundgebung, um noch einigen Reden zuzuhören, was die Polizei für einen Angriff auf die Demonstration nutzte, bei dem zwei Menschen festgenommen wurden, woraufhin die Demonstranten kraftvoll versuchten, den Festgenommenen zur Hilfe zu eilen und dabei jegliche andere Angriffe der Polizei zurückschlugen.

In der folgenden Woche kam es auch in anderen Städten in Nordrhein-Westfalen zu Demonstrationsanmeldungen in Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes. Diese wurden teilweise mit Hinblick auf die mediale Hetze gegenüber der Demonstration in Duisburg im Vorhinein kriminalisiert. So wurden bei Folge-Kundgebungen in Duisburg und anderen Städten mehrfach Transparente beschlagnahmt und Personalien zur Fertigung von Anzeigen aufgenommen, weil diese strafrechtlich relevant wären.

KREATIVE AKTIONEN AUS DEM VOLK IN SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA

Derweil kündigt die Landesregierung in NRW und ihr CDU-Ministerpräsident Henrik Wüst für die Zukunft an, alle Möglichkeiten samt Verboten auszuschöpfen, um Unterstützungs- und Solidaritätsaktionen für den nationalen Widerstand in Palästina zu unterbinden. Wüst fände es „unterträglich“, wenn Menschen auf Demonstrationen gegen Israel protestieren. Weiter führt Wüst aus: *„Alle demokratisch gesinnten Menschen in diesem Land müssen zusammenstehen gegen diesen Terror und ihn glasklar verurteilen.“* Es dürfe *„kein Zweifel daran aufkommen, dass Deutschland Israels Recht auf Selbstverteidigung unterstützt [...] Die Sicherheit des israelischen Volkes bleibt deutsche Staatsräson.“*

Dass diese Form von staatlich verordneter Unterstützung für die israelischen Völkermörder im Volk nicht überall auf Gegenliebe trifft, sieht man an den Berichten Angriffen auf gehisste israelische Fahnen an Rathäusern im ganzen Bundesland. In Aachen wurde vor einem touristischen Haus eine angebrachte Israel-Fahne erst vom Mast gerissen und dann verbrannt. In Witten wurde die Fahne der

Besatzermacht sogar gleich zweimal heruntergerissen und am Boden zertreten. Auf TikTok kursiert sogar ein Video von einem der Vorfälle, der mehrheitlich positive Kommentare erhält. Auch in Leverkusen, Recklinghausen und Mohnheim am Rhein wurden israelische Fahnen teilweise mehrfach, gestohlen und verbrannt. Dass die Massen sich von der Politik nicht sagen lassen, wie sie ihre Unterstützung für das palästinensische Volk auszudrücken haben, zeigt auch eine Spontandemonstration im Essener Arbeiterviertel Katernberg, wo sich am 16. Oktober insgesamt 200 Menschen auf einem Marktplatz versammelt hatten, um auf den Völkermord durch den israelischen Staat im Gazastreifen aufmerksam zu machen. Die Polizei in Essen war von dieser spontanen Versammlung so überrumpelt, dass sie Einsatzhunderschaften anforderten, um die Lage aus ihrer Sicht unter Kontrolle zu bringen. Dabei wurde ein Mann festgenommen, der eine Palästinafahne an eine Drohne angebracht hatte.

Es bleibt abzuwarten, wie die Landesregierung in NRW in den kommenden Wochen auf die Aktionen in Solidarität mit Palästina reagieren wird. Zwar hat die Landesregierung den politischen Willen angekündigt, Verbote gegen Demonstrationen zu verhängen, allerdings kann es auch sein, dass gerade die starke Repression gegen die pro-palästinensische Bewegung in Berlin, die neuerdings zu heftigen Kämpfen mit der Polizei in Neukölln geführt hat, die bürgerlichen Politiker in NRW auch daran erinnert hat, dass zu Silvester und anderen Anlässen auch Nordrhein-Westfalens Arbeiterviertel kein ruhiges Pflaster für die Reaktion waren. Womöglich möchte man solche Dynamiken im bevölkerungsreichsten Bundesland lieber vermeiden. Wie schnell die Massen im zweifelsfall auf die Straßen gehen, zeigen auch die Spontankundgebungen an zahlreichen Hauptbahnhöfen in NRW, nachdem die Nachricht um die israelische Bombardierung eines Krankenhauses in Gaza mit hunderten Toten um die Welt ging. Korrespondenten der Roten Post waren bei diesen nächtlichen Kundgebungen dabei, bei denen die Teilnehmer ohne Beisein von Polizei-Dolmetschern offen skandierten, dass sie die zionistische Unterdrückung solange bekämpfen werden, bis ganz Palästina frei sein wird. •

REPRESSION GEGEN PALÄSTINA-SOLIDARITÄT IN BADEN-WÜRTTEMBERG



Bullen bei der Kundgebung am 13. Oktober

Die Gegenoffensive des palästinensischen Volkes in seinem entschlossenen Kampf gegen den kontinuierlichen Völkermord durch das israelische Regime war ein Schlag, welcher die ganze Welt bewegte. Während die Völker der Welt darin einen moralischen Sieg und ein großes Leuchtfeuer der Hoffnung sehen, zeigen sich die Imperialisten blutdürstig und reagieren mit gesteigerter Repression. Auch in Baden-Württemberg finden die Ereignisse in Palästina ihren Widerhall.

So fand sofort nach den Aktionen des palästinensischen Widerstandes eine Sitzung des baden-württembergischen Landtages statt, in welcher über die Situation in Israel gesprochen wurde. All die bürgerlichen Parteien waren sich natürlich einig, dass sie fest an der Seite Israels stehen. Die palästinensischen Widerstandsaktionen wurden als „menschenverachtender Terror in unglaublicher Dimension“ und als „durch nichts zu rechtfertigen“ bezeichnet. Zu der jahrelangen völkerrechtswidrigen Belagerung Gazas, den kontinuierlichen Luftangriffen auf palästinensische Wohnviertel und den tausenden palästinensischen Kindern, welche durch die israelische Armee ermordet oder verschleppt wurden, wurde natürlich kein Wort gesagt. Politiker jener Parteien, welche nach dem zweiten Weltkrieg eine ganze Reihe an Faschisten an ihrer Spitze hatten, stellten sich gegen jeglichen angeblichen Antisemitismus. Einig war man sich darin, dass man rigoros gegen jegliche Unter-

stützung des palästinensischen „Terrors“ vorgehen und mit harten Strafen reagieren wolle. Es wurde sogar gefordert, dass diejenigen, welche den palästinensischen Widerstand unterstützen, aus der BRD ausgewiesen werden sollen.

Dies wurde zuvor auch von der baden-württembergischen Justizministerin Marion Gentges (CDU) angekündigt. Laut ihr sollen all diejenigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, welche sich in Baden-Württemberg mit der „Terrororganisation“ Hamas solidarisieren, damit rechnen müssen, ausgewiesen zu werden. Als Solidarisierung mit der Hamas kann man natürlich das Zeigen ihrer Symbole verstehen. Vielmehr machte Gentges damit jedoch deutlich, dass sie darunter jegliche Legitimierung und Zuspruch für den palästinensischen Widerstand versteht. So wurde von ihr das Süßigkeitenverteilen in Neukölln am Abend der palästinensischen Militäraktion als ein Beispiel für die „Billigung von Straftaten“ genommen, welches von der Staatsanwaltschaft verfolgt werden könnte. Allein das Teilnehmen an einer Demonstration oder ein Post auf Social Media könnte demnach für Menschen ohne deutschen Pass ausreichen, um einen Verlust der Aufenthaltserlaubnis zur Folge haben.

Im selben Ton wurde nun auch gefordert, eine Reihe an islamischen Vereinen zu verbieten. So zeigte sich der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, Michael Blume, gegenüber dem

SWR schockiert über die zunehmend israelfeindliche Stimmung, welche es auf der Straße gebe und forderte ein Verbot sogenannter islamistischer Vereine. Während reaktionäre Kräfte wie DITIB – die als verlängerter Arm der türkischen AKP-Partei zu sehen sind – die ganze Zeit ohne Probleme in der BRD chauvinistisch gegen Kurden und Armenier hetzen konnten, wird sich jetzt plötzlich empört, wenn sich Moscheen positiv auf den palästinensischen Befreiungskampf beziehen.

Doch die Repression zielt nicht auf religiöse Kräfte ab, sondern auf all jene, welche sich für ein freies und unabhängiges Palästina einsetzen. So werden in Baden-Württemberg auch einige palästinensische Proteste einfach kurzerhand verboten. Ein Beispiel dazu wäre eine Kundgebung am 13. Oktober in Freiburg, zu welcher, laut bürgerlicher Presse, das palästinensische Gefangenensolidaritätsnetzwerk Samidoun unter dem Motto „Palästina-Solidarität ist kein Verbrechen“ aufgerufen haben soll. Diese Versammlung wurde von der Stadt Freiburg verboten. Die im Pressebericht der Stadt angegebene Begründung war, dass mit dem Gutheiß von Straftaten auf der Versammlung, oder mit gegebenenfalls stattfindenden Ausschreitungen zu rechnen und die genannte Versammlung daher untersagt sei. In jenem Bericht lässt die Stadt es sich zynischerweise dennoch nicht nehmen, auf die angeblich „hohe Bedeutung der Versammlungsfreiheit“ zu verweisen. Als es am 13. Oktober dann doch eine Handvoll Menschen wagten, trotz des verhängten Verbotes zu demonstrieren, wurden diese ganz demokratisch von einer Übermacht an Bullen eingekreist und festgenommen.

Die säkulare Organisation Samidoun wird in der besagten Pressemitteilung zu dem Verbot auch einfach kurzerhand als ein „islamisches Netzwerk“ bezeichnet, ohne dass dazu irgendeine Art von Begründung abgegeben wird. Diese Diffamierung wird im Nachhinein ganz einfach ohne Zögern von der bürgerlichen Presse in der Tagesschau und dem SWR übernommen. Natürlich, wenn man eine Organisation in der Öffentlichkeit als scheinbar islamistisch darstellt, dann kann man auch einfacher eine Nähe zur Hamas unterstellen und die darauffolgende Repression legitimieren. Fakten und Tatsachen interessieren sogenannte „Journalisten“ – viel eher zu bezeichnen als Schreiberlinge der gleichgeschalteten Staatspropaganda – da schon lange nicht mehr.

Der gleichgeschaltete Tenor in der Berichterstattung über pro-palästinensische Proteste ist etwas, was

mittlerweile überall sichtbar ist. Jeglicher Protest gegen den massiven Völkermord, den die israelische Armee gerade in Gaza begeht, wird als „ Hamas-nah“ und als „Antisemitismus“ bezeichnet. Dabei hat die Unterstützung des gerechtfertigten Kampfes gegen die Verbrechen und die Unterdrückung durch Israel nichts mit Antisemitismus zu tun. Hass auf den Staat Israel wird einfach als Hass gegen Juden dargestellt. Dabei sind diejenigen, welche den Staat Israel mit dem Judentum gleichsetzen, nicht die Massen auf den Palästina-Demos, sondern in erster Linie die Herrschenden selbst.

Mittlerweile wurde im Landeskriminalamt Baden-Württemberg sogar eine „zentrale Koordinierungsstelle für antisemitische Vorfälle“ eingerichtet. Aufgabe dieser Koordinierungsstelle ist aber nicht gegen tatsächlich antisemitische und rassistische Nazibanden vorzugehen, sondern vielmehr pro-palästinensische Widerstandsaktionen ins Visier zu nehmen. Dazu zählt vor allem das Abreißen und Zerstören von Israelflaggen, welche in den letzten Wochen vermehrt in zahlreichen Städten an offiziellen Gebäuden aufgehängt wurden und seitdem immer wieder durch die Massen entwendet und zerstört werden. Gegen jene Widerstandshandlungen wird nun mit Hochdruck vorgegangen. Einerseits, indem die Medien dies als „krasse antisemitische Straftaten“ darstellen und die Tagesschau über irgendwelche abgerissenen Israelflaggen in baden-württembergischen Kleinstädten berichtet. Auf der anderen Seite werden diese Handlungen aber auch von den Repressionsbehörden wie schwerste Terrorakte verfolgt. So kommt es auch zu solch absurden Situationen, dass in Heilbronn, wie in der Krimiserie Navy CIS, die Spurensicherung vor dem Rathaus aufschlägt, weil die dort aufgehängte Israelflagge über Nacht entfernt wurde.

Hetze, Repression und massive Angriffe auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind das Mittel, mit welchem die Herrschenden auch hier in Baden-Württemberg aktuell versuchen, jede Stimme für den palästinensischen Befreiungskampf zum Schweigen zu bringen. Doch der Widerstand der Massen wird sich nicht durch solche Maßnahmen ersticken lassen. In der BRD gibt es viele Menschen mit Hintergrund in Westasien. Menschen, die wissen, wofür die Politik der Imperialisten steht. Menschen, die die Verbrechen der Imperialisten in Afghanistan, Syrien, dem Jemen und vielen weiteren Ländern am eigenen Leib erlebt haben. Ihre Wut und ihren Widerstand werden die Herrschenden nicht brechen können. •

MUSIKTHEATER IM ROTEN CHINA

Anlässlich des 130. Jahrestages der Geburt des Vorsitzenden Mao Tse-tung wollen wir uns diesen Monat mit Ballettstücken und Opern aus dem sozialistischen China beschäftigen. Besonders das Ballett hat in China eine lange Tradition. Obgleich es jahrhundertlang eine kulturelle Waffe der Ausbeuterklassen gewesen war, konnte die Arbeiterklasse nach der Befreiung Chinas 1949 und bis zum revisionistischen Putsch 1976 dieses Genre für sich erobern und beeindruckende Werke schaffen.

DER OSTEN IST ROT

„Der Osten ist rot“ ist einer der Meilensteine in der Kulturschaffung im sozialistischen China. Das Ballett wurde ab 1964 aufgeführt, 1965 wurde aus einer Aufführung in der großen Halle des Volkes in Peking eine Filmversion gedreht. „Der Osten ist rot“ erzählt die Geschichte der Revolution in China; angefangen im alten feudalen China des 19. Jahrhunderts, wo die Arbeiter und Bauern brutal ausgebeutet und unterdrückt werden. Das Ballett zeigt, wie durch die Kommunistische Partei und den Vorsitzenden Mao der Marxismus-Leninismus nach China kommt und wie das Volk in den 1920er-Jahren beginnt, sich im Kampf gegen den Imperialismus in der neudemokratischen Revolution zu organisieren. Der Verrat der Kuomintang, der Herbsternste-Aufstand und der Beginn des revolutionären Bürgerkriegs werden von Dutzenden Akteuren in unterschiedlichen Kostümen und Bühnenbildern performt; der lange Marsch, der Krieg gegen die japanische Intervention, die erneute Einheitsfront mit der Kuomintang, deren erneuter Verrat und der Kampf gegen deren Schreckensherrschaft führen zum Sieg der chinesischen Revolution und der Gründung der Volksrepublik. All das wird bewegt und mit viel Enthusiasmus dargestellt; für die damalige Zeit und das zarte Alter der Volksrepublik von 15 Jahren ist auch das technische Niveau im Tanz und der schauspielerischen Darstellung bemerkenswert. Am Ende der Verfilmung singen Darsteller und Publikum gemeinsam die Internationale. Zu Beginn wird der Titelsong von einem Orchester aufgeführt, eine Hymne, die besonders in der Kulturrevolution von großer Bedeutung war. Eine Übertragung ins deutsche:

Osten ist rot

Osten ist rot
China ist jung
Rote Sonne grüßt Mao Tse-tung
Frühling bringt er
unserer Zeit
hat sein Herz – sein rotes Herz – dem Volk geweiht

Mao geht voran
führt uns ins Licht
Volk, dein Lächeln auf seinem Gesicht
zeigt uns den Weg –
tief aus der Nacht
und zum Kampf, zum Freiheitskampf sind wir erwacht

Stark wie das Licht
ist die Partei
wo sie leuchtet, da werden wir frei
Macht des Volk
bricht jeden Bann
Die Partei, die Kommunisten gehen voran



REVOLUTIONÄRE OPERN IN DER KULTURREVOLUTION

Die Peking-Oper diente über ein Jahrhundert ebenfalls den Ausbeutern im feudalen China und handelte von den individualistischen Schicksalen von Herrschern, Königen, Generälen, Ministern, Gelehrten und Edeldamen. Da die ursprüngliche Quelle dieser feudalen Kultur jedoch auch das chinesische Volk gewesen war, wurde die Peking-Oper unter Leitung

der Kommunistischen Partei neu als ein proletarisches Kulturstück erschaffen, in dem der Kampf der Arbeiter, Bauern und Soldaten ins Zentrum gerückt wurde. In einer Ausgabe der „Peking Rundschau“ von 1969 wird über die acht revolutionären Bühnenwerke in der Kulturrevolution geschrieben:

„Unterstützt von der Handvoll oberster Machthaber in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen, haben sich die konterrevolutionären Revisionisten in literarischen und künstlerischen Kreisen der führenden Positionen bemächtigt. Nach heftigem Kampf mit ihnen gelang es den von Genossin Djiang Tjing geführten revolutionären Künstlern, acht Bühnenwerke mit revolutionären Themen zu schaffen, und zwar die Peking-Opern „Der Tigerberg durch Klugheit erobert“, „Seehafen“, „Geschichte einer roten Signallaterne“, „Schadjiabang“ und „Überfall auf das Weiße-Tiger-Regiment“, die Ballette „Die rote Frauenkompanie“ und „Das weißhaarige Mädchen“ und die Symphonie „Schadjiabang“. Diese vom Lichte der Maotsetungideen überstrahlten vorbildlichen Werke fanden im In- und Ausland die Anerkennung und Hochschätzung der revolutionären Volksmassen.“

„Die rote Frauenkompanie“ ist ein Stück, was ebenfalls höchste Beachtung verdient. Die Aufführung des Theaterstücks wurde bereits zwei Jahre vor Beginn der Kulturrevolution begonnen, auf Basis des gleichnamigen Films von 1961 über die nur aus Frauen bestehende Spezialkompanie der chinesischen Roten Armee von 1931. Dort wird der Kampf der Frauen für die aktive Teilnahme an der Revolution und ihre Emanzipation durch eben diese dargestellt. Während in „Osten ist Rot“ sich in einigen Choreographien deutlich noch patriarchale Ansichten widerspiegeln,

bricht „Die rote Frauenkompanie“ restlos mit der alten patriarchalen Pseudotheorie von der „minderwertigen weiblichen Natur“ und zeigt, dass **„die Frau mit Klassenbewusstsein ist eine unermüdliche Kämpferin und eine entschlossene Militante“** (*Kommunistische Partei Perus*) ist.



Die hauptsächliche Errungenschaft der großen Bühnenwerke aus dem sozialistischen China ist die Hebung des politischen Bewusstseins der Volksmassen. Die Stücke trugen einen wichtigen Teil dazu bei, dass immer mehr Menschen Erkenntnis über den Hintergrund ihrer gesellschaftlichen Stellung und über die Geschichte der Klassengesellschaft gewinnen und – besonders in der Kulturrevolution – für die Verteidigung und Weiterentwicklung des Sozialismus, der Diktatur des Proletariats und der roten Linie des Vorsitzenden Mao, dessen Geburtstag sich am 26. Dezember zum 130. Male jährt, mobilisiert werden konnten. •



Szene aus „Der Osten ist rot“

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

DAS TITELBILD

Palästina-Fahne auf der Demonstration zum 100. Jahrestag
des Hamburger Aufstands

Quelle: demvolkedienen.org

**ROTE
POST** 